

Peter Birle

## Parteien und Parteiensystem in der Ära Menem – Krisensymptome und Anpassungsprozesse

### Einleitung

Die beiden großen argentinischen Parteien befanden sich in einer schwierigen Situation, als Carlos Menem im Juli 1989 inmitten einer tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Krise das Amt des Staatspräsidenten vorzeitig von seinem Vorgänger Raúl Alfonsín übernahm. Die bisherige Regierungspartei UCR (*Unión Cívica Radical*; Radikale Bürgerunion) hatte bei den im Mai durchgeführten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen eine schwere Niederlage erlitten. Wegen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise und des chaotischen Endes der Regierungszeit von Präsident Alfonsín war sie bei der Bevölkerung stark diskreditiert und zudem innerlich zerstritten. Aber auch die aus den Wahlen als klarer Sieger hervorgegangene peronistische PJ (*Partido Justicialista*; Gerechtigkeitspartei) befand sich in einer Umbruchsituation. Der überraschende innerparteiliche Aufstieg des populistischen *outsiders* Menem seit 1987 bedeutete gleichzeitig das Ende der in den 80er Jahren entstandenen innerparteilichen „Erneuerungsbewegung“. Zudem stieß Menem, der seinen Wahlkampf im Stil eines Provinzcaudillos des 19. Jahrhunderts geführt und in populistischer Manier viele Versprechen gemacht hatte, unmittelbar nach seinem Wahlsieg einen großen Teil der Partei vor den Kopf. Weder das von ihm berufene Kabinett noch sein Regierungsprogramm entsprachen den national-populistischen und etatistischen Traditionen des Peronismus und den im Wahlkampf geschürten Erwartungen seiner Anhänger.

Viele Beobachter befürchteten zu Beginn der 90er Jahre, dass sich die Personalisierung, De-Institutionalisierung und Informalisierung der argentinischen Politik unter Menem weiter verstärken und die Fähigkeit der Parteien zur Steuerung von Regierungsentscheidungen und zur Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft weiter verringern würde. Doch obwohl viele dieser Befürchtungen berechtigt waren, hatte sich das Parteiensystem nach zehn Jahren peronistischer Regierungszeit als überraschend anpassungsfähig erwiesen. Anders als in Ländern wie Peru, Ecua-

dor oder Venezuela, wo die traditionellen Parteien innerhalb weniger Jahre weitgehend von der politischen Bühne verdrängt wurden, konnten PJ und UCR ihre zentrale Rolle innerhalb des Parteiensystems trotz einer sich verschärfenden Repräsentationskrise erhalten. Allerdings entstand mit der FREPASO (*Frente País Solidario*; Front Solidarisches Land) im Laufe der 90er Jahre eine neue relevante Kraft im Mitte-Links-Spektrum. Gemeinsam mit der UCR bildete sie 1997 das Wahlbündnis „Allianz für Arbeit, Gerechtigkeit und Bildung“ (*Alianza para el Trabajo, la Justicia y la Educación*; im folgenden *Alianza*), das aus den Wahlen von 1997 und 1999 siegreich hervorging und mit Fernando de la Rúa ab 1999 den Staatspräsidenten stellte. Erstmals in der Geschichte des Landes kam es damit zu einer Koalitionsregierung. Diese verfügte jedoch von Anfang an über eine sehr fragile Machtbasis, denn die meisten Provinzen des Landes wurden weiterhin von peronistischen Gouverneuren regiert und auch im Senat behielt die jetzt oppositionelle PJ die Oberhand. Zudem blieb abzuwarten, inwiefern der innere Zusammenhalt der heterogenen *Alianza* über ein reines Wahlbündnis hinaus sichergestellt werden könnte.

Nach einem kurzen Blick auf traditionelle Merkmale des argentinischen Parteiensystems analysiert der folgende Beitrag zunächst die Entwicklung der wichtigsten Parteien während der Regierungszeit von Präsident Menem. Daran schließt sich eine Einschätzung der parteipolitischen Landschaft nach den Präsidentschafts-, Parlaments- und Gouverneurswahlen des Jahres 1999 an. Im letzten Abschnitt geht es um Kontinuität und Wandel, um Errungenschaften und fortbestehende Defizite des Parteiensystems in den 90er Jahren und um dessen Beitrag zum Funktionieren der repräsentativen Demokratie.

### **Traditionelle Merkmale des Parteiensystems**

Parteien gehören seit Ende des 19. Jahrhunderts zu den zentralen Akteuren der argentinischen Politik. Sowohl die bereits 1891 gegründete UCR als auch die 1945 entstandene und seit 1973 unter dem Namen *Partido Justicialista* (PJ) auftretende peronistische Partei blicken auf eine lange Parteigeschichte zurück. Von einem funktionierenden Parteiensystem kann jedoch aus verschiedenen Gründen für den größten Teil des 20. Jahrhunderts nicht die Rede sein.

Sowohl die UCR als auch die PJ zeichneten sich über weite Phasen ihrer Geschichte durch eine Bewegungsmentalität aus. Sie verstanden sich nicht als Vertreter partieller Interessen im Rahmen einer pluralistischen Gesellschaftsordnung, sondern als alleinige Repräsentanten „des

Volkes“ oder „der Nation“ mit Anspruch auf eine hegemoniale Position (Rock 1987: 6ff.). Nur selten kam es zu einem Parteienwettbewerb zwischen Akteuren, die sich wechselseitig als legitime Teilnehmer an der politischen Auseinandersetzung anerkannt hätten. Der grundlegende gesellschaftliche Konflikt zwischen Peronismus und Anti-Peronismus führte zu einer starken Polarisierung des Parteiensystems und der argentinischen Politik insgesamt (Birle 1989).

Parteien und Parlament fungierten auch in Phasen ziviler politischer Herrschaft nicht als zentrale Kanäle zur Bearbeitung und Lösung gesellschaftlicher Konflikte. Dies hing nicht zuletzt damit zusammen, dass seit 1955 wiederholt – vergeblich – versucht wurde, den Peronismus vom politischen Leben des Landes auszuschließen. Dadurch kam es zu einer Vermischung von territorialer Repräsentation durch die Parteien und funktionaler Repräsentation durch Interessengruppen bzw. „Korporationen“, denn die quasi als Ersatz für die nicht zu Wahlen zugelassene peronistische Partei handelnden Gewerkschaften, aber auch die Unternehmerverbände, die katholische Kirche und die Streitkräfte traten in Konkurrenz zu den Parteien und untergruben deren Legitimation und Funktionalität. Das daraus resultierende politische System wurde mit Metaphern wie „unmögliches Spiel“ (O'Donnell 1977) oder „duales politisches System“ (Cavarozzi 1983) umschrieben.

Das Parteiensystem zeichnete sich durch ungewöhnliche *cleavage*-Strukturen aus, wobei sozialstrukturell vermittelte Konfliktlinien eine untergeordnete Rolle spielten. Weder eine linke, sozialdemokratische oder sozialistische Arbeiterpartei, noch eine bürgerlich-konservative „Unternehmerpartei“ konnte sich auf Dauer erfolgreich etablieren. Das Fehlen einer bedeutenden konservativen Partei wurde wiederholt als eine Ursache dafür bezeichnet, dass sich bei Teilen der Oberschicht eine Anti-Parteien-Mentalität und die Bereitschaft zur Unterstützung von Militärdiktaturen herausbildete (Di Tella 1998).

Die Links-Rechts-Dimension spielte zwar durchaus eine Rolle für die argentinische Politik, sie wurde aber seit Mitte des 20. Jahrhunderts durch eine von sozio-kulturellen und politisch-kulturellen Elementen geprägte Dimension gebrochen. Infolgedessen hingen die Differenzen zwischen den beiden wichtigsten Akteuren – Peronismus und Radikalismus – nicht in erster Linie mit programmatischen Vorstellungen, sondern mit divergierenden sozio-kulturellen Identitäten, Politikstilen und Demokratiekonzepten zusammen. Perón machte ab Mitte der 1940er Jahre nicht nur die Gewerkschaften zu wichtigen Stützen seiner Herrschaft, er etablierte sich auch als Repräsentant eines hemdsärmeligen, informellen politi-

schen Stils, der auf formal-demokratische Spielregeln wenig Wert legte. Worauf es ankam war, dass die konkreten Probleme der Arbeiter und der Unterschicht – am besten durch einen starken Mann – mit Entschiedenheit angepackt würden. Die mittelschichtenbasierte UCR verstand sich dagegen stets als Fürsprecher von Rechtsstaatlichkeit, bürgerlichen Rechten, Pluralismus und republikanischen Institutionen. Dem „bürgerlichen“ und „zivilisierten“ politischen Diskurs und Stil der UCR stand ein an „das Volk“ (*el pueblo*) appellierender „primitiverer“, aber gerade deshalb oft auch „populärerer“ Peronismus gegenüber. Die auf einer Links-Rechts-Achse zu messenden sozio-ökonomischen Präferenzen von Peronismus und Radikalismus unterschieden sich demgegenüber nicht grundlegend. Beide Parteien traten für einen starken, die Wirtschaft regulierenden Staat und für den Schutz der einheimischen Industrie gegenüber ausländischer Konkurrenz ein (Ostiguy 1998). Links-Rechts-Divergenzen *innerhalb* der beiden großen Parteien waren oft größer als *zwischen* ihnen. Da die argentinische politische Kultur ohnehin einen personalistischen Grundzug aufweist, erhielt der innerparteiliche Faktionalismus durch derartige Divergenzen zusätzliche Nahrung.

Damit ist ein „Erzübel argentinischer Politik“ (Bodemer/Carreras 1997: 185) angesprochen – Personalismus und Klientelismus:

Auslöser für parteiinterne Gruppierungen bzw. Abspaltungen sind somit nur selten von der Mehrheitslinie abweichende Grundsatzpositionen, sondern vielmehr vor allem neuauftretende populistische Führungsfiguren, von deren politischen Vorlieben und Machtkalkülen Aufstieg und Niedergang solcher Klientel- und Gefolgschaftsnetze entscheidend abhängen. (Bodemer/Carreras 1997: 185f.)

Dritte Parteien spielten keine bedeutende Rolle, so dass unter formalen Gesichtspunkten von einem geringen Fragmentierungsgrad des Parteiensystems gesprochen werden konnte. Die fehlende wechselseitige Anerkennung und die stets manifest oder zumindest latent vorhandene Hegemonie einer der beiden großen Parteien verhinderten jedoch, dass sich aus dem Zusammenwirken der einzelnen Akteure ein funktionierendes Parteiensystem ergeben hätte. Einige Autoren sind aufgrund der geschilderten Merkmale sogar davon ausgegangen, dass von einem Parteiensystem in Argentinien lange Zeit überhaupt nicht die Rede sein konnte (Cavarozzi 1989). Demgegenüber ist jedoch zu Recht angemerkt worden, dass ein Parteiensystem im Sinne von mehr oder weniger stabilen Beziehungsmustern zwischen den Parteien sehr wohl existierte. Allerdings zeichneten sich die Parteien nicht durch Verhaltensmuster aus, die aus

einer demokratisch-pluralistischen Perspektive wünschenswert gewesen wären, und die Funktionslogik des Parteiensystems trug mit zur Instabilität des politischen Systems bei (Abal Medina/Castiglioni 2000).

Mit der Rückkehr zur Demokratie Ende 1983 traten die Parteien nach einer mehr als siebenjährigen Militärdiktatur erneut ins Zentrum des politischen Lebens. In organisatorischer Hinsicht knüpften sie an die vorautoritären Strukturen an, erneut waren UCR und PJ die dominierenden Akteure. Im Unterschied zu früheren Jahren fand seit 1983 jedoch ein offener Parteienwettbewerb statt. Parteienverbote gehörten der Vergangenheit an und die Wahlergebnisse standen nicht durch etablierte Hegemonien von vornherein fest. Alle relevanten Parteien erkannten sich wechselseitig als legitime politische Akteure an und akzeptierten die grundlegenden Regeln des demokratischen Wettbewerbs, die Ergebnisse von Wahlen sowie den Parteienwettbewerb als zentrale Legitimationsquelle und als grundlegenden Mechanismus für den Zugang zur politischen Macht. Der Polarisierungsgrad des Parteiensystems erreichte trotz zahlreicher Konflikte zu keinem Zeitpunkt das Ausmaß früherer Jahrzehnte. Zwar kam es nach der verheerenden Niederlage des Peronismus bei den Wahlen von 1985 in Teilen der UCR zu einem Wiederaufflackern der Bewegungsmentalität, derartige Gedankenspiele erfuhren jedoch spätestens mit dem Verlust der absoluten Mehrheit bei den Parlamentswahlen von 1987 eine deutliche Absage.

Der Fragmentierungsgrad des Parteiensystems blieb gering. Auf UCR und PJ entfielen bis 1989 sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat stets mehr als 80% der Sitze. Die Stimmenanteile „dritter Parteien“ nahmen im Verlauf der 80er Jahre leicht zu, sie verteilten sich aber auf eine Vielzahl kleiner, zumeist nur in einer Provinz relevanter Parteien, so dass sich daraus auf nationaler Ebene keine Herausforderung für die beiden großen Parteien ergab (De Riz/Adrogué 1990: 21f.).

**Tabelle 1: Stimmenanteile von PJ und UCR bei den Parlamentswahlen 1983, 1985 u. 1987 (in %)**

	1983	1985	1987
Partido Justicialista	33,5	34,6	41,5
Unión Cívica Radical	47,4	43,2	37,2
Andere	19,1	22,2	21,3
Quelle: De Riz 1998: 135			

Die UCR konnte sich im Zuge des Übergangs zur Demokratie von ihrem Image einer konservativ-kleinbürgerlichen Partei lösen und als Garant einer demokratischen Politik profilieren. Ihr Einfluss auf die Zusammensetzung des Kabinetts und auf die Politik der Regierung Alfonsín blieb jedoch gering (Birle 1989: 65 ff.). Präsident Alfonsín agierte weitgehend unabhängig von den Gremien der UCR und rekurrierte mit dem Argument, die Partei liefere keine zeitgemäßen Antworten auf drängende Probleme, auf eine kleine Gruppe von persönlichen Gefolgsleuten und nicht der Partei angehörende Fachleute. Alfonsín betrieb zwar einerseits eine Erneuerung der Partei von oben, indem er beispielsweise einige überkommene wirtschaftspolitische Vorstellungen der UCR in Frage stellte, die von ihm zu verantwortende „Deaktivierung“ der Partei verschärfte jedoch letztendlich die Repräsentationskrise (Acuña 1998: 105ff.). Trotz knapper Mehrheitsverhältnisse im Parlament suchte Alfonsín nicht in erster Linie eine über öffentliche Diskussionen und Vereinbarungen abgesicherte Zusammenarbeit mit der parteipolitischen Opposition, sondern er setzte – ohne bleibende Erfolge – auf diskret ausgehandelte „Pakte“ mit verschiedenen Gruppierungen aus dem Gewerkschafts- und Unternehmerlager. Erst nachdem die UCR bei den Parlamentswahlen von 1987 eine klare Niederlage erlitten und ihre absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus eingebüßt hatte, ging Alfonsín verstärkt auf die Opposition zu.

**Tabelle 2: Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses 1983 – 1989**

	1983-85		1985-87		1987-89	
	Mandate	%	Mandate	%	Mandate	%
Unión Cívica Radical	129	50,8	129	50,8	113	44,5
Partido Justicialista	111	43,7	101	39,7	103	40,5
UceDé	2	0,8	3	1,2	7	2,7
PI	3	1,2	6	2,4	5	2,1
Andere	9	3,5	15	5,9	26	10,2
Total	254	100	254	100	254	100
Quelle: De Riz/Adrogué 1990: 66.						

Eine im Sinne der Konsolidierung der Demokratie wünschenswerte konstruktive Zusammenarbeit der Regierung mit der parlamentarischen Opposition wurde aber auch dadurch erschwert, dass auf Seiten der größten Oppositionspartei nur wenig Bereitschaft dazu vorhanden war. Die PJ erlitt bei den Wahlen von 1983 und 1985 schwere Niederlagen und

konnte die seit dem Tod des Parteigründers Perón im Jahr 1974 schwelende Identitätskrise zunächst nicht lösen. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre waren geprägt vom Kampf zwischen „Orthodoxen“ und „Erneuerern“ um die innerparteiliche Vorherrschaft. Bei den Parlamentswahlen von 1987 konnte die Partei unter Führung des Erneuererflügels erstmals seit 1973 wieder einen Wahlsieg erringen. Der Einfluss der Erneuerer sank jedoch mit dem Sieg von Carlos Menem bei den innerparteilichen Vorwahlen zur Auswahl des Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen 1989. In allen zentralen Politikfeldern der 80er Jahre vertrat die größte Oppositionspartei unterschiedliche, zum Teil widersprüchliche Positionen. Gleichwohl nahm sie großen Einfluss auf die politische Entwicklung jener Jahre und trug mit „ihren Handlungen und Unterlassungen [...] beträchtlich zum Scheitern der Regierung bei“ (Carreras 1999: 285).

Das Verhältnis zwischen Parteiensystem und Zivilgesellschaft entwickelte sich negativ. Die „Wiedergeburt“ der Zivilgesellschaft im Verlauf des Übergangs zur Demokratie hatte zu erheblichen Mobilisierungen in der Anfangsphase der Regierung Alfonsín geführt. Insbesondere die Menschenrechtsbewegung war in dieser Zeit sehr aktiv. Ab Mitte der 80er Jahre erlahmte jedoch das zivilgesellschaftliche Engagement, wobei Enttäuschung über die mangelnde Responsivität der Regierung sowie zunehmende ökonomische und soziale Krisensymptome eine wichtige Rolle spielten (Birle 2000). Mit den peronistisch dominierten Gewerkschaften fand die Regierung nur in kurzen Phasen zu einem tragbaren *modus vivendi*. Dreizehn Generalstreiks des Gewerkschaftsdachverbandes CGT (*Confederación General del Trabajo*), der in den ersten Regierungsjahren wiederholt als „Ersatz“ für die wenig handlungsfähige PJ handelte, trugen mit dazu bei, die Regierbarkeit zu untergraben. Die außer Kontrolle geratene soziale Situation zwang Präsident Alfonsín letztendlich zum vorzeitigen Rücktritt.

In den ersten Jahren nach dem Ende der Diktatur stießen die politischen Parteien auf große gesellschaftliche Akzeptanz. Fast ein Drittel der Wahlberechtigten traten 1983 einer Partei bei (Catterberg 1989: 86). Meinungsumfragen zeigten bis in die zweite Hälfte der 80er Jahre bei ca. 70% der Befragten eine positive Einschätzung der politischen Parteien. Erst im Verlauf der sich ab 1987 verschärfenden wirtschaftlichen und sozialen Krise verschlechterte sich auch das Image der Parteien. Damit deutete sich eine Entwicklung an, die sich in den 90er Jahren weiter verstärken sollte. Dies gilt auch für einige andere Tendenzen, die sich bereits in den 80er Jahren abzeichneten: die sinkende Bedeutung der tradi-

tionellen Identitäten und kulturellen Milieus der beiden großen Parteien, die Zunahme der Wechselwähler, die Schwächung der Parteien als Massenorganisationen und die zunehmende Bedeutung der Massenmedien bei politischen Auseinandersetzungen und Wahlkämpfen (Carreras 1996: 248). Die institutionellen Ressourcen, derer sich die Parteien traditionell bedient hatten, gerieten im Verlauf der 80er Jahre verstärkt unter Druck. Dies betraf insbesondere die Aufrechterhaltung klientelistischer Netzwerke auf nationaler und regionaler Ebene durch Rückgriff auf öffentliche Gelder und Vergabe von Posten innerhalb der staatlichen Verwaltung. Derartige Praktiken waren angesichts der tiefgreifenden Struktur- und Finanzkrise des Staates immer schwerer aufrecht zu erhalten (Novaro 1998: 120f.) – was nicht heißen soll, dass sie verschwunden wären.

### **Die Entwicklung der PJ unter Menem**

Die von Präsident Menem eingeleiteten grundlegenden Wirtschaftsreformen, insbesondere die Privatisierungspolitik, die Deregulierung der Wirtschaft und die Öffnung gegenüber dem Weltmarkt stießen in großen Teilen seiner Partei zunächst auf Ablehnung. Die ersten beiden Amtsjahre waren geprägt von Skepsis und Unbehagen der PJ gegenüber dem Kurs Menems. Dass es Menem trotzdem gelang, sich die Unterstützung der PJ zu sichern, war auf mehrere Ursachen zurückzuführen.

Erstens mutete Menem seiner Partei zwar in wirtschaftspolitischer Hinsicht einen „Rechtsrutsch“ zu, er bot ihr aber gleichzeitig in sozio-kultureller und politisch-kultureller Hinsicht starke Kontinuität zum traditionellen Peronismus. Denn trotz der Abkehr von dem im Wahlkampf gepflegten populistischen sozio-ökonomischen Diskurs blieb Menem im Hinblick auf seinen politischen Führungsstil, seinen Pragmatismus, sein Charisma und die von ihm gepflegte Symbolik ein „echter Peronist“ (de Riz 1998: 137; Ostiguy 1998: 29ff.).

Zweitens übernahm Menem die Macht inmitten einer schweren Krise, so dass auch die meisten Kritiker im eigenen Lager die Entscheidungen des Präsidenten aus Angst vor einer weiteren Destabilisierung zunächst nicht öffentlich in Frage stellten – zumal sie ihrerseits wenig konkrete Alternativen anzubieten hatten. Umso mehr hielten sich die Gegner des neuen Kurses mit Kritik zurück, als sich 1991 die ersten Stabilisierungs- und Wahlerfolge einstellten.

Drittens war Menem gegenüber seinen parteiinternen Kritikern von Anfang an in einer starken Position. Die Erneuerer hatten sich als interne Strömung nach ihrer Niederlage bei den Vorwahlen des Jahres 1988



aufgelöst. Zwar bekleideten einige von ihnen noch wichtige Positionen innerhalb der Partei, eine offene Konfrontation mit Menem scheuten jedoch die meisten. Menem verstand es seinerseits, viele seiner einstigen Gegner so zu integrieren, dass seine Autorität dadurch weiter gestärkt wurde. Die vor allem während des ersten Amtsjahrs gezeigte Toleranz gegenüber parteiinternen Kritikern machte ab 1990 aber auch einer gezielten Einforderung von Parteidisziplin Platz. Antonio Cafiero, einstmals führender Kopf der Erneuerer, trat nach einer von ihm gegen den Wunsch Menems initiierten – und gescheiterten – Volksabstimmung über eine Verfassungsänderung in der Provinz Buenos Aires im August 1990 als Parteivorsitzender der PJ zurück. Auch seine erneute Kandidatur als Gouverneur der Provinz Buenos Aires bei den Wahlen im Oktober 1991 konnte er nicht gegen den Widerstand Menems durchsetzen. Sein politisches Schicksal machte den Menem-Kritikern klar, wie gefährlich es sein konnte, einen unabhängigen Kurs gegenüber dem Präsidenten zu wagen (McGuire 1995: 231f.; Palermo/Novaro 1996: 217ff.).

Viertens profitierte Menem davon, dass der Einfluss der Gewerkschaften innerhalb der Partei bereits im Zuge der „Erneuerung“ in der zweiten Hälfte der 80er Jahre gesunken war. Trotz starker Vorbehalte der Gewerkschaften gegen Menems Politik bildete sich keine geschlossene Ablehnungsfront. Ein Teil der Gewerkschaften war zur Zusammenarbeit mit der Regierung bereit und eine weitere Gruppe scheute zumindest die offene Konfrontation mit der Administration (Gutiérrez 1998; Levitsky 1997: 91f.).

Fünftens setzte Menem sowohl gegenüber den kooperationsbereiten Gewerkschaftern als auch gegenüber den peronistischen Gouverneuren auf eine Politik von selektiven Anreizen und der Gewährung von Pfründen. Trotz der Wirtschafts- und Staatsreform verfügte die Exekutive über Ressourcen, die für die Pflege und den Erhalt von klientelistischen Netzwerken eingesetzt werden konnten. Dazu dienten beispielsweise Zugeständnisse gegenüber den Gewerkschaften bei den von diesen verwalteten Sozialwerken oder spezifische Sozialfonds. Die größte Aufmerksamkeit erfuhr der auf Verlangen von Eduardo Duhalde 1991 aufgelegte *Fondo de Reparación Histórica* für Sozialprogramme im Großraum Buenos Aires, durch den der Gouverneur der Provinz die Verfügungsgewalt über zusätzliche Mittel in Höhe von 400 bis 600 Millionen Dollar jährlich erhielt (Palermo/Novaro 1996: 437).

Sechstens konnte sich Menem gegenüber der Parteibasis auf einen fast im ganzen Land nach wie vor funktionierenden Organisationsapparat mit umfassenden Verbindungen zur Arbeiter- und Unterschicht und

einer Vielzahl sozialer Organisationen verlassen. Damit stand ihm eine Infrastruktur zur Verfügung, über die nicht nur materielle Unterstützungsleistungen verteilt, sondern auch politische Entscheidungen implementiert und für Unterstützung gezielt geworben werden konnte (Levitsky 2001: 40ff.).

Die genannten Faktoren trugen dazu bei, dass die PJ Menems Reformkurs trotz zunächst starker Bedenken mitrug. Insbesondere nach dem erfolgreichen Abschneiden der Partei bei den Parlamentswahlen von 1991 bis zur Wiederwahl Menems im Jahr 1995 wurde die Hegemonie Menems und seiner Gefolgsleute innerhalb der Partei so gut wie nicht hinterfragt. Dies hing auch noch mit einem weiteren Faktor zusammen: zu Beginn seiner Amtszeit hatte Menem die PJ von der Besetzung von Regierungsämtern und von Regierungsentscheidungen weitestgehend ausgeschlossen. Nach einer ersten Phase, in der die Partei kaum eine Rolle spielte, eröffnete Menem ihr jedoch schrittweise Zugang sowohl zu politischen Entscheidungsprozessen als auch zur Besetzung von Posten (Novaro 1998: 123f.). Auch im Parlament ergaben sich neue Gestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für die Regierungspartei, vor allem im Laufe der zweiten Amtszeit Menems (siehe den Beitrag von Llanos in diesem Band). Die Beteiligung der Partei an grundlegenden Entscheidungen lief allerdings in den wenigsten Fällen über die eigentlich dafür vorgesehenen Parteigremien, sondern über informelle Gremien wie die „Liga der peronistischen Gouverneure“, die Menem in seiner doppelten Eigenschaft als Staatspräsident und Parteivorsitzender regelmäßig einberief.

Diese Tendenz verstärkte sich im Verlauf der zweiten Amtszeit Menems, verursacht insbesondere durch den sich immer weiter ausdehnenden Konflikt zwischen Menem und Eduardo Duhalde. Ab 1989 hatte Duhalde zunächst für zwei Jahre das Amt des Vizepräsidenten bekleidet, bevor er auf Wunsch Menems im Oktober 1991 als Kandidat bei den Gouverneurswahlen in der Provinz Buenos Aires antrat. Duhalde gewann diese Wahlen und wurde nach einer ersten Amtszeit im Jahr 1995 als Gouverneur der wichtigsten Provinz des Landes wiedergewählt. Gleichzeitig machte er nach der Wiederwahl Menems 1995 seine Ambitionen für die Präsidentschaftswahlen von 1999 deutlich, bei denen Menem laut Verfassung, die nur eine einmalige Wiederwahl erlaubt, nicht mehr antreten durfte. Duhalde setzte dabei von Anfang an auf eine Distanzierung gegenüber der Politik Menems, die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre aufgrund immer lauter werdender Korruptionsvorwürfe, wachsender Arbeitslosigkeit und gravierender sozialer Probleme ver-

stärkt unter Beschuss geriet. Er kritisierte das Wirtschaftsmodell und forderte eine stärkere soziale Komponente. Innerhalb der Partei scharte Duhalde ab 1995 alle diejenigen um sich, die mit Menem unzufrieden waren. Ausgehend von seiner Heimatprovinz Buenos Aires kontrollierte er so relativ schnell einen großen Teil der PJ-Parlamentsfraktion und der Parteigremien.

Duhaldes Distanzierungsstrategie führte jedoch auch bei Menem und seinen Anhängern zu erbitterten Reaktionen. Menem setzte alles daran zu verhindern, dass die peronistischen Gouverneure, die Gewerkschaften und die Parteigremien der PJ frühzeitig einer Präsidentschaftskandidatur Duhaldes zustimmten. Nachdem die Opposition bei den Parlamentswahlen 1997 in Duhaldes Provinz Buenos Aires einen deutlichen Sieg errungen hatte, nahmen die Anhänger Menems dies zum Anlass, um – entgegen aller rechtlichen Bestimmungen und trotz miserabler Umfragewerte – eine erneute Wiederwahl Menems anzustreben. Der daraufhin ausbrechende offene Konflikt zwischen Menem und Duhalde zog sich bis kurz vor den Präsidentschaftswahlen 1999 hin und nahm immer groteskere Züge an. Menem brachte alternative Kandidaten ins Spiel, er bemühte sich um eine erneute Verfassungsreform oder zumindest um eine „Neuinterpretation“ der geltenden Verfassung in seinem Sinne; Duhalde initiierte in der Provinz Buenos Aires eine – letztendlich nicht durchgeführte – Volksabstimmung, bei der die Bevölkerung ihre Meinung zu einer erneuten Wiederwahl Menems kundtun sollte (Clarín Digital, 10.7.1998); ein von Menem Mitte 1998 einberufener Parteitag wurde von Duhalde boykottiert, mit der Rechtmäßigkeit der dort getroffenen Entscheidungen mussten sich jahrelang die Gerichte beschäftigen (Clarín Digital, 14.7.1998). Mitte 1998 verkündete Menem zwar offiziell seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur, nach wie vor bemühte er sich jedoch darum, auch eine Nominierung Duhaldes zu verhindern. Selbst nachdem der von Menem als Kandidat ins Spiel gebrachte Ramón Ortega sich im Frühjahr 1999 gegenüber Duhalde bereit erklärte, als dessen Vizepräsidentschaftskandidat ins Rennen zu gehen, wollte Menem Duhaldes Präsidentschaftskandidatur noch nicht hinnehmen (Clarín Digital, 23.2.1999). Erst als mit Carlos Reutemann und Adolfo Rodríguez Saá auch die letzten von Menem als Kandidaten genannten Peronisten auf eine Kandidatur verzichtet hatten, wurde der für Anfang Juli 1999 vorgesehene Nominierungsparteitag abgesagt und Duhalde offiziell zum PJ-Kandidaten ernannt (Clarín Digital, 8.6.1999 u. 19.6.1999).

Phasenweise drohte der Konflikt Menem-Duhalde die PJ vollständig zu spalten. Im Juli 1998 gründete Duhalde mit seinen Anhängern eine

eigene Parlamentsfraktion, den *Bloque Parlamentario Federal* (Clarín Digital, 19.7.1998). Nachdem Menem seine Wiederwahlmöglichkeiten schwinden sah, änderte er seine Strategie und setzte nun darauf, sich langfristig die Kontrolle über die Partei zu sichern. Obwohl seine Amtszeit als Parteivorsitzender erst im Jahr 2000 abgelaufen wäre, ließ er sich sein Mandat bereits 1998 vorzeitig bis zum Jahr 2003 verlängern. Wiederum diente ihm dazu eine Resolution, die auf einem von den parteiinternen Gegnern nicht anerkannten Parteitag getroffen worden war (Clarín Digital, 10.12.1998). Die Partei wurde durch den Konflikt an der Spitze nicht nur gelähmt, die wiederholte Umgehung und Instrumentalisierung der formalen Parteigremien führte auch dazu, dass die alternativen Machtzentren an Gewicht gewannen. Insbesondere die peronistischen Gouverneure der großen Provinzen Buenos Aires, Córdoba und Santa Fe kristallisierten sich als neues Machtzentrum heraus, was wiederum dazu führte, dass sich auch die peronistischen Gouverneure der kleineren Provinzen zu einer eigenen „Liga“ zusammenschlossen. Am Ende der Ära Menem bot die PJ somit ein sehr heterogenes Bild.

### Die UCR in der Krise

Die UCR durchlief in der ersten Hälfte der 90er Jahre eine schwere Krise. Nach dem vorzeitigen Ende der Regierung Alfonsín 1989 gelang es ihr zunächst nicht, zu einer einheitlichen und konsistenten Oppositionsrolle zu finden. Dies hing zum einen mit dem Misskredit zusammen, in den die Regierung Alfonsín in ihren letzten beiden Amtsjahren geraten war. Zum anderen war die Partei als Opposition damit konfrontiert, dass Präsident Menem jene Reformen durchführte, die Alfonsín in der Endphase seiner Regierungszeit vorgeschlagen und die auch der Präsidentschaftskandidat der UCR für den Fall eines Wahlsieges angekündigt hatte. Wütende Proteste gegen Menems Politik hätten daher wenig glaubwürdig gewirkt. Die Wahlniederlagen bei den Parlamentswahlen von 1991 (29% der Stimmen) und 1993 (30%) schwächten die nationale Parteispitze zusätzlich und führten zu einer Machtverlagerung zu den von der UCR gestellten Gouverneuren der Provinzen Córdoba, Catamarca, Chubut und Río Negro, die ihrerseits um ein nicht allzu konfliktives Verhältnis zur peronistischen Regierung bemüht waren (Palermo/Novaro 1996: 247f.).

Trotz des katastrophalen Endes seiner Regierung und trotz eines sehr negativen persönlichen Images gelang es Raúl Alfonsín, den Parteivorsitz und die Kontrolle über die UCR zu behalten. Eine dringend not-

wendige Auseinandersetzung mit den Ursachen des eigenen Scheiterns unterblieb damit ebenso wie eine personelle und programmatische Erneuerung der Partei. Vor eine Zerreißprobe wurde die UCR gestellt, nachdem Parteichef Alfonsín im November 1993 mit Präsident Menem den „Pakt von Olivos“ unterzeichnete, durch den der Weg für eine Verfassungsreform – und damit auch für eine Wiederwahl Menems – geebnet wurde. Alfonsín selbst hatte Mitte der 80er Jahre vergeblich eine Verfassungsreform angestrebt. In der Anfangsphase der Regierung Menem schlug er dann erneut – vergeblich – eine Verfassungsreform vor, um die Machtfülle des Präsidenten durch die Einführung eines parlamentarischen Systems zu begrenzen. Die von Menem seit dem peronistischen Wahlsieg 1993 aus persönlichen Motiven angestrebte Verfassungsreform hatte er jedoch vehement abgelehnt. Umso erstaunter und erboter reagierte Partei und Öffentlichkeit, als ihnen – wie so oft als Ergebnis nichtöffentlicher Verhandlungen – der „Pakt von Olivos“ präsentiert wurde.

Die Parteigremien der UCR stimmten dem Pakt zwar – wenn auch widerwillig – zu, aber gegenüber der UCR-Wählerschaft kam all dies zumindest auf kurze Sicht einem politischen Selbstmord gleich. Bereits zuvor war die UCR wegen ihrer schwachen Opposition gegenüber der Regierung Menem kritisiert worden, jetzt aber warf man ihr eine vollständige Kapitulation gegenüber den Machtambitionen des Staatspräsidenten vor. Zudem verabschiedete sich die Partei durch die Übereinkunft mit Menem in den Augen vieler Wähler von ihrer Tradition eines Fürsprechers von Rechtsstaat, Demokratie und Ethik. Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im April 1994 erhielt die UCR nur noch 19,8% der Stimmen. Bei den Präsidentschaftswahlen im darauffolgenden Jahr kam ihr Kandidat Horacio Massaccesi sogar nur auf 16,4% (de Ríz 1998: 139ff.) und lag damit weit abgeschlagen an dritter Position. Etwas besser schnitt die UCR Dank ihrer weiterhin funktionierenden lokalen und regionalen Parteistrukturen mit 21,7% bei den gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen ab, und auch bei den 1995 abgehaltenen Gouverneurswahlen musste sie keine weiteren Einbußen hinnehmen. 1996 gelang es dann, mit Fernando de la Rúa als Kandidat die Bürgermeisterwahlen in Buenos Aires zu gewinnen.

Trotz der enormen Kosten des „Pakt von Olivos“ für die Partei blieb Alfonsín zunächst weiter Parteivorsitzender. Erst Ende 1995 erfolgte mit der Wahl Rodolfo Terragnos eine Erneuerung der Führung. Terragno, ein politischer Quereinsteiger, der erst 1987 Mitglied der UCR geworden war, sollte der Partei ein moderneres Image und eine zeitge-

mäße Programmatik verschaffen. In Partei und Öffentlichkeit weckte seine Wahl große Erwartungen, letztendlich traf aber weiterhin Alfonsín die wichtigen Entscheidungen. Terragno verfügte nicht über eine Hausmacht innerhalb der Partei, während die durch traditionelle Treueverhältnisse und klientelistische Strukturmuster untermauerte Bindung vieler Aktivisten an Alfonsín fortbestand, obwohl dieser offiziell kein Parteiamt bekleidete (Acuña 1998: 113). Alfonsín gelang es auch, sich für die Parlamentswahlen des Jahres 1997 als Spitzenkandidat in der UCR-Hochburg, dem Hauptstadtdistrikt Buenos Aires, aufstellen zu lassen. Meinungsumfragen ließen jedoch erwarten, dass die UCR mit Alfonsín an der Spitze erneut eine klare Wahlniederlage zu erwarten hätte. Dies dürfte ein entscheidendes Motiv dafür gewesen sein, dass die Parteiführung sich entgegen der Parteitradition und gegen manchen Widerstand in den eigenen Reihen im August 1997 auf ein Wahlbündnis mit der zwischenzeitlich zur zweitstärksten politischen Kraft avancierten FREPASO einließ (Acuña 1998: 114f.).

### **Von der Gruppe der Acht zur FREPASO**

Nach einem ersten Schock hatten sich viele Peronisten mit der Politik von Präsident Menem arrangiert. Eine Gruppe von acht peronistischen Kongressabgeordneten, die dem linken Parteiflügel angehörten und den Erneuerern zuzurechnen waren, distanzierte sich jedoch in zunehmendem Maße von der Regierung. Ab Juni 1990 traten sie als „Gruppe der Acht“ (*Grupo de los Ocho*) öffentlich in Erscheinung und forderten eine Rückbesinnung auf den „wahren Peronismus“. Führender Kopf der Gruppe war der Abgeordnete Carlos „Chacho“ Álvarez. Nachdem die „Gruppe der Acht“ ohne Erfolg versucht hatte, die Position Menems innerhalb der Fraktion zu schwächen, kehrten ihre Mitglieder der Partei ab Ende 1990 den Rücken. Zu den Parlamentswahlen im Oktober 1991 traten mehrere Gruppierungen an, die darauf bauten, dass das „peronistische Volk“ den „Verrat Menems“, den dieser durch das „Bündnis mit dem Liberalismus“ begangen habe, bestrafen werde (Novaro/Palermo 1998: 81f.).

Diese Erwartung erwies sich jedoch als Irrtum, und nach dem überzeugenden Wahlsieg der PJ durchlebten die peronistischen Dissidenten zunächst eine schwierige Situation. Ein Teil kehrte in die Partei zurück, andere gaben die aktive Politik auf. Die „Bewegung für Demokratie und soziale Gerechtigkeit“ (*Movimiento por la Democracia y la Justicia Social*; MODEJUSO) um Carlos Álvarez hatte sich bereits 1991 mit der Gruppe

„Volksdemokratie“ (*Democracia Popular*) zur „Front für Demokratie und soziale Gerechtigkeit“ (*Frente para la Democracia y la Justicia Social*; FREDEJUSO) zusammengeschlossen. Ab 1992 bemühte sie sich um ein breites Bündnis der gemäßigt linken Kräfte. Nicht zuletzt die traditionsreichen sozialistischen Parteien sollten dafür gewonnen werden, diese lehnten das jedoch lange Zeit ab (Abal Medina 1998: 4ff.).

Bei den Senatswahlen des Jahres 1992 unterstützte FREDEJUSO in der Stadt Buenos Aires die Kandidatur des bekannten linken Filmregisseurs Fernando „Pino“ Solanas, dessen „Front des Südens“ (*Frente del Sur*) aus Dissidenten der Kommunistischen Partei, der Christdemokratie und Unabhängigen bestand. Im Mai 1993 bildeten FREDEJUSO, *Frente del Sur* und einige weitere kleine Gruppierungen die „Große Front“ (*Frente Grande*, FG). Das heterogene Bündnis aus tendenziell sozialdemokratischen Kräften um Álvarez und deutlich radikaleren linksnationalistischen Kräften um Solanas vermied jede programmatische Diskussion. Zusammengehalten wurde es in erster Linie von dem Wunsch, bei den Parlamentswahlen im Oktober 1993 ein akzeptables Ergebnis zu erzielen. Die Ergebnisse der Wahlen übertrafen die kühnsten Erwartungen. Die von Álvarez angeführte Liste im Hauptstadtdistrikt Buenos Aires erhielt fast 15% der Stimmen und stellte mit Álvarez und der Menschenrechtsaktivistin Graciela Fernández Meijide zwei Abgeordnete. Die von Solanas angeführte Liste in der Provinz Buenos Aires kam auf gut 4% der Stimmen. Damit verschoben sich die Mehrheitsverhältnisse innerhalb der FG zugunsten des gemäßigten Flügels um Álvarez. Die Medien schenken „Chacho“, der zum Repräsentanten einer neuen, modernen Linken hochstilisiert wurde, große Aufmerksamkeit (Abal Medina 1998: 10).

Eine unerwartete Profilierungsmöglichkeit bot sich der FG, nachdem die UCR unter Raúl Alfonsín dem „Pakt von Olivos“ zugestimmt hatte. Die dadurch hervorgerufene Enttäuschung bei vielen traditionellen UCR-Wählern wusste die FG geschickt zu nutzen. Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im April 1994 öffnete sie ihre Listen für unabhängige Intellektuelle und Repräsentanten sozialer Bewegungen. Auch den Sozialisten bot Álvarez erneut – vergeblich – eine Zusammenarbeit an. Der Diskurs der FG hatte sich inzwischen deutlich geändert. Von der Rückkehr zum „wahren Peronismus“ war längst nicht mehr die Rede und auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht gab man sich weitaus gemäßigter als noch einige Jahre zuvor. Wichtigste Wahlkampfthemen waren der Kampf gegen die Korruption, die Krise der Justiz und des Erziehungssystems, das Versagen der UCR als Opposition und die Forderung nach einer funktionierenden Gewaltenteilung. Damit traf die

FG den Nerv der Bevölkerung, vor allem vieler Stammwähler der UCR: in der Stadt Buenos Aires wurde sie mit mehr als 37% der Stimmen zur stärksten politischen Kraft, selbst in der peronistischen Hochburg, der Provinz Buenos Aires, landete sie auf Platz zwei. Wiederum hatten die Medien nicht unerheblich zum Erfolg der Partei beigetragen, denn die FG verfügte zwar weder über eine ausgebaute Infrastruktur noch über eine große Anzahl von Aktivisten, ihre „mediale *Performance*“ erwies sich jedoch als sehr erfolgreich (Castiglioni/Abal Medina 1998: 62f.).

Der zunehmend gemäßigtere und „bürgerlichere“ Diskurs von Carlos Álvarez führte aber auch zu Auseinandersetzungen innerhalb der FG. Im November 1994 verließ Fernando Solanas das Bündnis im Streit. Einen Monat später erfolgte ein weiterer Schritt zur Bündelung der gemäßigt linken Kräfte. Gemeinsam mit der im September 1994 gegründeten Partei „Offene Politik für Soziale Integrität“ (*Política Abierta para la Integridad Social*; PAIS) des aus der PJ ausgetretenen Senators José Octavio Bordón, den sozialistischen Parteien und einigen kleineren Gruppierungen rief die FG das Bündnis „Front für ein Solidarisches Land“ (*Frente por un País Solidario*; FREPASO) ins Leben. Kurze Zeit später schloss sich auch eine Gruppe von enttäuschten UCR-Aktivisten (*Nuevo Espacio*) dem Bündnis an. Vor den Präsidentschaftswahlen 1995 führte FREPASO offene Vorwahlen durch, bei denen sich Bordón knapp gegen Álvarez als Kandidat durchsetzen konnte. Fast eine halbe Million Menschen hatten sich an der Wahl beteiligt. Bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 1995 erhielt Bordón 28,8% der Stimmen, womit die UCR erstmals in ihrer mehr als 100jährigen Geschichte zur drittstärksten politischen Kraft degradiert wurde. Im Oktober 1995 konnte sich Graciela Fernández Meijide bei Senatswahlen in der Stadt Buenos Aires mit 45,7% der Stimmen durchsetzen (Abal Medina 1998: 12ff.; Novaro/Palermo 1998: 95ff.).

José Octavio Bordón verließ das Bündnis im Februar 1996, nachdem er vergeblich versucht hatte, den ehemaligen Innenminister der Regierung Menem, Gustavo Béliz, als FREPASO-Kandidaten für die Bürgermeisterwahlen in der Stadt Buenos Aires durchzusetzen. Wie schon beim Rückzug Fernando Solanas entschieden sich jedoch auch jetzt viele Anhänger Bordóns für einen Verbleib in FREPASO. Bei den im Juni 1996 durchgeführten Bürgermeisterwahlen in Buenos Aires erlitt FREPASO-Kandidat Norberto La Porta eine deutliche Niederlage gegen UCR-Kandidat De la Rúa. Erstmals seit 1993 war es der UCR wieder gelungen, einen Wahlsieg in ihrer traditionellen Hochburg zu erzielen. Für die weitere Entwicklung von FREPASO hatte das Wahlergebnis in zweierlei Hinsicht Konsequenzen. Erstens bemühte sich das Bündnis infolge der



Niederlage verstärkt um seine lange Zeit vernachlässigte Institutionalisierung und wandelte sich im Dezember 1996 in eine Parteienkonföderation um. Zweitens zeichnete sich ab, dass die FREPASO ihr Wählerpotenzial weitgehend ausgeschöpft hatte und die UCR mit geeigneten Kandidaten durchaus noch dazu in der Lage war, ihre Stammwähler zu mobilisieren. Dies hatte erhebliche Auswirkungen für die weitere Zusammenarbeit zwischen den beiden wichtigsten oppositionellen Kräften.

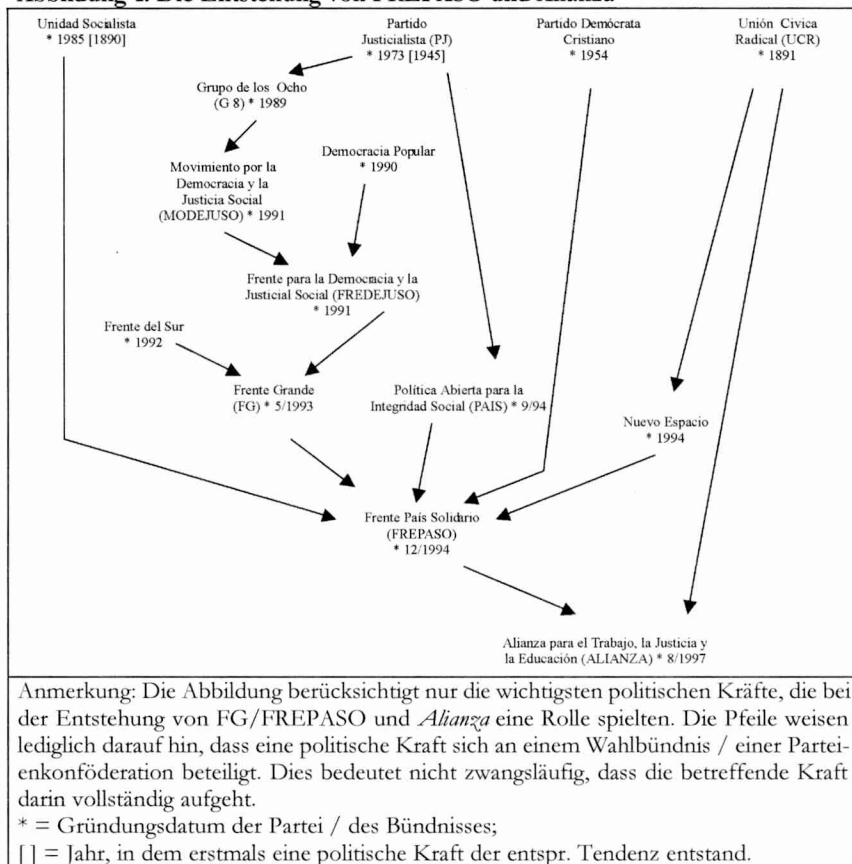
Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass es den gemäßigt linken Kräften der argentinischen Politik mit der FG und FREPASO im Laufe der 90er Jahre gelang, ein erhebliches Wählerpotenzial für sich zu mobilisieren. Die wichtigsten Repräsentanten der Gruppierung distanzieren sich im Laufe der Zeit von der Idee der „Verteidigung des wahren Peronismus“ und dem Ziel einer „sozialen Front“ gegenüber den neoliberalen Reformen der Regierung Menem. Stattdessen gewannen neben dem Kampf gegen die Korruption Themen wie Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und Gewaltenteilung an Bedeutung für den Diskurs von FG/FREPASO. Damit griff man traditionelle UCR-Themen auf, die von den Radikalen infolge des „Pakt von Olivos“ nicht mehr überzeugend verkörpert wurden – und gewann gleichzeitig wachsenden Zuspruch von Seiten der Mittelschichten und der öffentlichen Meinung (Novaro/Palermo 1998: 99).

Die schrittweise Mäßigung der wichtigsten FG/FREPASO-Repräsentanten und insbesondere deren grundsätzliche Akzeptanz der von Menem durchgeführten Wirtschaftsreformen wurde allerdings nur von einem Teil der Partei- bzw. Bündnisbasis mitvollzogen. Zwar kam es angesichts des wachsenden Wählerzuspruchs nicht zu öffentlich ausgetragenen Konflikten, aber die Kluft zwischen Führung und Basis wuchs. Auch die Tatsache, dass die Führungsriege bisweilen mehr Umgang mit den Medien als mit der eigenen Basis pflegte, trug nicht zur Stärkung des organisationsinternen Zusammenhalts bei.

Die schwachen Organisationsstrukturen und die weitgehend auf die Stadt und die Provinz Buenos Aires beschränkte territoriale Präsenz von FG/FREPASO konnte durch das Prestige einer kleinen Gruppe von Führungspersonlichkeiten und eine effiziente Kommunikationsstrategie ausgeglichen werden, zumal sowohl die Medien als auch die öffentliche Meinung große Aufnahmebereitschaft für den Diskurs der Gruppierung zeigten. Die schwache Institutionalisierung und starke Personalisierung ging jedoch auf Kosten der Herausbildung eines soliden politischen und programmatischen Konsenses (Novaro/Palermo 1998: 115ff.). Trotz des Anspruches, eine neue, fortschrittliche politische Kraft darzustellen und

sich Offenheit gegenüber den zivilgesellschaftlichen Gruppierungen zu bewahren, unterschied sich FREPASO hinsichtlich ihrer personalistischen Grundmuster nicht von den traditionellen Parteien.

**Abbildung 1: Die Entstehung von FREPASO und Alianza**



### Die Alianza: Ein neuer Hoffnungsträger?

Trotz der 1995 bereits im ersten Wahlgang erfolgten Wiederwahl Präsident Menems, der im Verlauf des Wahlkampfes erfolgreich auf den Slogan „Ich oder das Chaos“ gesetzt hatte, wuchs angesichts der zunehmend kritischeren ökonomischen und sozialen Situation des Landes schon bald nach den Wahlen der Unmut der Bevölkerung über die Regierung. Die Opposition hatte zwar bei den Wahlen insgesamt fast die

Hälfte der Wählerstimmen erhalten, diese verteilten sich jedoch auf zwei größere und einige kleinere Akteure, die bislang wenig Disposition zur Zusammenarbeit gezeigt hatten. UCR und FREPASO wurden sich zwar langsam bewusst, dass es nur vereint gelingen könnte, die peronistische Regierung bei den 1999 anstehenden Präsidentschaftswahlen abzulösen, aber in beiden Lagern gab es zahlreiche Widerstände gegen ein mögliches Bündnis. Auf Seiten der FREPASO glaubte man nicht nur, dass eine Zusammenarbeit mit der für viele Bürgerinnen und Bürger immer noch diskreditierten UCR auch auf das eigene Image einer „neuen und unverbrauchten politischen Kraft“ abfärben könnte, man fürchtete auch, von der überlegenen Parteimaschinerie der Radikalen erdrückt zu werden. Auf Seiten der UCR galt es zum einen, die seit Gründung der Partei (1891) existierende und fest in der Parteitradition verankerte *intransigencia*-Tradition, d.h. die Ablehnung einer Koalition mit anderen politischen Kräften zu überwinden (Birle 1989). Zum anderen hielten viele Radikale die FREPASO nach wie vor für ein vorübergehendes Phänomen, dessen Existenz und Wahlerfolge vor allem auf Irrtümer der UCR zurückzuführen seien. Die eigene Profilierung schien ihnen daher wichtiger als eine Zusammenarbeit mit der FREPASO (Godio 1998: 166).

Im Vorfeld der Parlamentswahlen von 1997 und angesichts der Aussicht, bei getrenntem Antreten erneut eine Niederlage gegen die PJ zu erleiden, gelang jedoch im August 1997 in 13 von 24 Provinzen die Bildung des Wahlbündnisses „Allianz für Arbeit, Gerechtigkeit und Bildung“ (*Alianza para el Trabajo, la Justicia y la Educación*). In den übrigen Provinzen traten UCR und FREPASO mit getrennten Listen an, da insbesondere die jeweiligen Verantwortlichen der UCR nicht zu einer Zusammenarbeit bereit waren. Für programmatische Debatten zwischen den beiden Bündnispartnern blieb so gut wie keine Zeit. Für den Wahlkampf einigte man sich lediglich darauf, den von Menem eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurs grundsätzlich weiterführen zu wollen, gleichzeitig aber einen entschlossenen Kampf gegen die Korruption, eine Reform der Justiz und des Bildungswesens und einen grundsätzlich anderen Regierungsstil (*good governance*) in Aussicht zu stellen (Acuña 1998).

Der Sieg über die PJ bei den Wahlen im Oktober 1997 machte deutlich, dass die *Alianza* auch dazu in der Lage sein könnte, die peronistische Regierung bei den Präsidentschaftswahlen von 1999 abzulösen. Der Erfolg sorgte gleichzeitig dafür, dass sich jetzt auch viele vorher skeptische Stimmen mit dem Bündnis identifizierten. Die institutionelle Absicherung des Bündnisses erfolgte über eine fünfköpfige nationale Leitungsinstanz und ähnliche Strukturen auf Provinzebene. Gleichwohl

blieb die Praxis der Zusammenarbeit bestimmt durch informelle Übereinkünfte und Konflikte zwischen den wichtigsten Führungspersonlichkeiten: Alfonsín, De la Rúa und Terragno auf Seiten der UCR, Álvarez und Fernández Meijide auf Seiten von FREPASO. Erschwert wurde die Zusammenarbeit innerhalb der *Alianza* nicht nur durch die bereits angesprochenen – und nie vollständig überwundenen – Animositäten zwischen UCR und FREPASO, sondern auch durch die Tatsache, dass die führenden Repräsentanten des Bündnisses sehr unterschiedliche persönliche Projekte verfolgten (Novaro 2000).

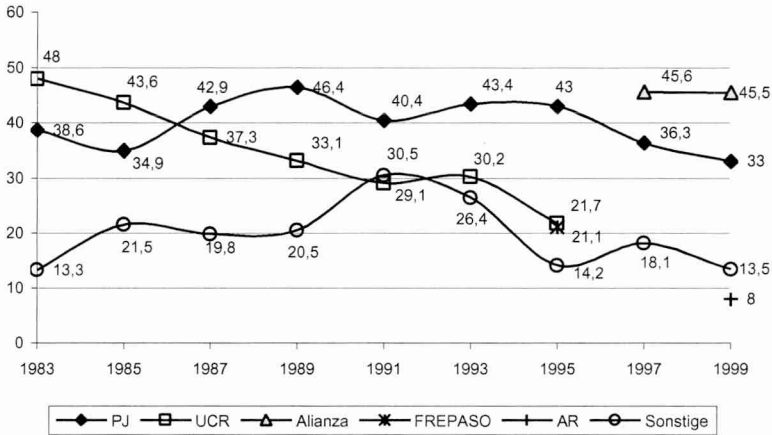
Ihren Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen von 1999 bestimmte die *Alianza* in offenen Vorwahlen, bei denen sich Fernando de la Rúa im November 1998 mit 63% der Stimmen deutlich gegen Graciela Fernández Meijide durchsetzen konnte. Da diese nicht als Vizepräsidentschaftskandidatin antreten wollte, einigte man sich im Frühjahr 1999 auf Carlos Álvarez für diese Kandidatur, während Fernández Meijide sich um den Gouverneursposten in der Provinz Buenos Aires bewerben würde. Die *Alianza* demonstrierte bis zu den Wahlen nach außen Harmonie und war geeint in dem Ziel, die peronistische Regierung abzulösen. Als entscheidendes Manko des Bündnisses sollte sich jedoch schon rasch erweisen, dass es nie zu einer Institutionalisierung von Entscheidungs- und Konfliktlösungsmechanismen und von Mechanismen zur Herausbildung von programmatischen Übereinkünften zwischen den nach wie vor sehr unterschiedlichen und zudem auch noch in sich heterogenen Bündnispartnern kam (Novaro 2000).

### **Die parteipolitische Landschaft nach den Wahlen des Jahres 1999**

Das Jahr 1999 war für Argentinien ein Mammutwahljahr. Neben der Wahl von Präsident und Vizepräsident, Abgeordnetenhaus sowie einer Vielzahl lokaler Repräsentanten am 24. Oktober wurden in mehreren Einzelwahlen ab Dezember 1998 auch die Gouverneure und Provinzparlamente neu bestimmt. Bei den Präsidentschaftswahlen gelang *Alianza*-Kandidat Fernando de la Rúa (UCR) zusammen mit Vizepräsidentschaftskandidat Carlos Álvarez (FREPASO) mit 48,5% bereits im

ersten Wahlgang ein deutlicher Sieg.<sup>1</sup> Der peronistische Kandidat Eduardo Duhalde kam dagegen mit 38,08% auf das schlechteste Ergebnis, das jemals ein peronistischer Präsidentschaftskandidat erzielt hatte. Der ehemalige Wirtschaftsminister Cavallo (AR) erhielt als Drittplatzierter 10,1 % der Stimmen.

Abbildung 2: Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1983-1999



Quelle: de Riz 1998; Georgetown University: Political Database of the Americas  
[www.georgetown.edu/pdba/Elecdata/Arg/Dip99.html](http://www.georgetown.edu/pdba/Elecdata/Arg/Dip99.html)

Bei den Parlamentswahlen<sup>2</sup> kam die *Alianza* auf 45,5% der Stimmen, die PJ erhielt 33%, AR 8%, die übrigen Stimmen entfielen zum größten Teil auf Regionalparteien. Im Abgeordnetenhaus ergab sich damit eine Sitzverteilung von 124 Mandaten (48%) für das zukünftige Regierungsbündnis *Alianza*, wobei 84 Mandate auf die UCR und 38 auf die FREPASO

- 1 Die Artikel 97 und 98 der reformierten argentinischen Verfassung von 1994 sehen vor, dass ein Präsidentschaftskandidat im ersten Wahlgang gewählt ist, wenn er entweder mehr als 45% der Stimmen erhält oder wenn auf ihn mehr als 40% der Stimmen und gleichzeitig mindestens 10 Prozentpunkte mehr als auf den zweitplatzierten Kandidaten entfallen. Zu den Wahlen 1999 siehe Böhler 1999 und Nolte 1999, zum Wahlkampf Priess 1999.
- 2 Die Amtszeit der Abgeordneten beträgt vier Jahre. Alle zwei Jahre wird die Hälfte der Abgeordneten neu gewählt, so dass auch 1999 nur die Hälfte der Mandate zur Wiederwahl anstand.

entfielen. Die PJ kam auf 101 Abgeordnete, AR auf 12, die restlichen Mandate gingen weitestgehend an die Provinzparteien. Somit verfügte das Regierungsbündnis nicht über eine eigene absolute Mehrheit. Da die Zusammensetzung des Senats unverändert blieb (er wurde erst im Oktober 2001 neu gewählt) und die jetzt oppositionelle PJ dort über eine deutliche Mehrheit verfügte, war die zukünftige Regierung von Anfang an auf eine Zusammenarbeit mit der Opposition angewiesen.

Dies galt umso mehr, als die *Alianza* bei den Gouverneurswahlen schlechter abgeschnitten hatte als erhofft. Bereits im Dezember 1998 war es der PJ gelungen, in der traditionellen UCR-Hochburg Córdoba mit José Manuel de la Sota erneut den Gouverneur zu stellen. Entgegen den Erwartungen der *Alianza* gelang es 1999 nicht, die wichtige Provinz Buenos Aires zu gewinnen. Hier setzte sich der peronistische Kandidat Carlos Ruckauf gegen die *Alianza*-Kandidatin Graciela Fernández Meijide (FREPASO) durch. Auch die Provinz Santa Fe blieb in den Händen eines peronistischen Gouverneurs (Carlos Reutemann). Insgesamt regierte die PJ in 14 von 24 Provinzen, darunter mit Buenos Aires, Córdoba und Santa Fe in den drei wichtigsten. Die *Alianza* konnte sich dagegen nur in 8 Provinzen durchsetzen. In zwei Provinzen stellten Regionalparteien die Gouverneure.

Der neugewählte Staatspräsident De la Rúa hatte somit durch die Wählerinnen und Wähler zwar einen persönlichen Vertrauensbeweis erhalten, seine Regierung verfügte jedoch von Anfang an über eine weitaus schwächere Machtbasis als die Regierungen Alfonsín und Menem. Um die schwierigen Probleme des Landes anzugehen, musste daher nicht nur die Zusammenarbeit innerhalb der Regierungskoalition funktionieren, sondern auch die mit der Opposition im Parlament und in den Provinzen. Die Voraussetzungen dafür waren sehr ungünstig. Wie weiter oben dargestellt wurde, handelte es sich bei der *Alianza* um ein äußerst heterogenes und fragiles Bündnis, das – abgesehen von dem Wunsch, die Regierung Menem abzulösen – weder über einen von allen relevanten Akteuren geteilten programmatischen Konsens noch über formale Mechanismen verfügte, um einen derartigen Konsens herzustellen und um Konflikte zu lösen. Viel würde daher von Präsident De la Rúa abhängen. Zahlreiche Beobachter trauten diesem durchaus zu, eine integrierende und vermittelnde Rolle zu spielen – irrtümlicherweise, wie sich relativ rasch herausstellen sollte. Die oppositionelle PJ verfügte nach zehn Jahren Regierung unter Carlos Menem nicht mehr über eine anerkannte nationale Führung. Menem hatte sich zwar frühzeitig den formalen Parteivorsitz bis 2003 gesichert, aber die Partei drohte in konkurrierende

Machtzentren aus Duhalde-Anhängern, die gerade eine schwere Niederlage erlitten hatten, Menem-Anhängern, die sich bereits auf die Wahlen des Jahres 2003 vorbereiteten und eine größere Anzahl von Gouverneuren, denen zum Teil ebenfalls Ambitionen auf eine Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2003 nachgesagt wurden, zu zerfallen.

### **Ein konsolidiertes Parteiensystem?**

Die Argentinier begegneten ihren politischen Parteien am Ende der Amtszeit von Präsident Menem mehrheitlich mit Misstrauen. Sie hielten ihnen Korruption, Ineffizienz und Versagen bei der Lösung der drängendsten wirtschaftlichen und sozialen Probleme vor. Hatten sich noch 1984 88% und 1988 63% der Befragten bei Meinungsumfragen positiv geäußert, so sagten im Februar 2000 nur noch 15%, sie hätten Vertrauen in die Parteien.

Vier zentrale Ursachenbündel wurden für die Repräsentationskrise ausgemacht: die wirtschaftlichen Probleme, zu deren Lösung die Parteien nicht in der Lage waren, die Erschöpfung traditioneller Politikmuster (z.B. Klientelismus), der relative Bedeutungsverlust der Parteien gegenüber anderen Vermittlungsinstanzen (z.B. den Medien) und die Transformation der Beziehung zwischen Staat und Politik (Adroque/Armesto 2001: 625). Neuere Umfragen bestätigen den Ansehensverlust der Parteien, sie zeigen aber gleichzeitig auf, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger Parteien und Parlament nach wie vor für unverzichtbar halten. „Ohne Parteien kann eine Demokratie nicht funktionieren“, dieser Ansicht stimmten 1995 71%, 1997 75% und Anfang 2000 immerhin noch 72% der Befragten zu. Zudem konnte nachgewiesen werden, dass die Parteidentitäten trotz aller Personalisierung und Mediatisierung der Politik nicht in einem Ausmaß verschwunden waren, wie dies verschiedentlich angenommen wurde. Ein beträchtlicher Teil der Argentinierinnen und Argentinier sagte auch Ende der 90er Jahre noch von sich, einer politischen Partei nahe oder sehr nahe zu stehen. Untersuchungen zeigten zudem, dass das Image von Politikern nach wie vor in engem Zusammenhang mit der Partei beurteilt wurde, der sie angehörten (Adroque/Armesto 2001: 627ff.).

Diese Bindekraft könnte erklären, warum das argentinische Parteiensystem trotz der in den 90er Jahren weiter eskalierenden Repräsentationskrise vergleichsweise stabil geblieben ist und es nicht zu peruanischen oder venezolanischen Zuständen, d.h. zu einem nahezu vollständigen Verschwinden der traditionellen Parteien kam. Neben den ausführlichen

beschriebenen Tendenzen im gemäßigt linken politischen Spektrum spielten während der Regierungszeit von Präsident Menem auch im konservativen Lager verschiedene kleinere Parteien eine gewisse Rolle. Die bereits in den 80er Jahren entstandene wirtschaftsliberale „Union des Demokratischen Zentrums“ (*Union del Centro Democrático*; UCeDé) unter Führung von Álvaro Alsogaray erreichte ihren Zenit bei den Wahlen von 1989. Sie unterstützte die von Menem eingeleitete Reformpolitik und besetzte phasenweise auch Posten innerhalb der Exekutive. Die Umarungsstrategie Menems und interne Querelen führten jedoch dazu, dass ihre Wahlergebnisse ab 1991 stark rückläufig waren. Mitte des Jahrzehnts war die Partei in der Bedeutungslosigkeit versunken. Auch die Anfang der 90er Jahre entstandene rechtspopulistische „Bewegung für Würde und Nationale Unabhängigkeit“ (*Movimiento por la Dignidad y la Independencia Nacional*; MODIN) unter Führung des ehemaligen Oberst Aldo Rico erwies sich als ein vorübergehendes Phänomen. 1997 gründete der kurz zuvor zurückgetretene Wirtschaftsminister Domingo Cavallo seine „Aktion für die Republik“ (*Acción por la República*; AR), die bei den Parlamentswahlen von 1999 auf 8% der Stimmen kam. Daneben spielen in der argentinischen Politik traditionell die Provinzparteien eine gewisse Rolle. Im nationalen Parlament sind sie jedoch immer nur mit wenigen Abgeordneten vertreten (Jones 1997: 264).

Wie aus Tabelle 3 hervorgeht, erhöhte sich die effektive Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien in den 90er Jahren von 2,8 (1989) auf 3,39 (1999). Der damit erreichte Fragmentierungsgrad des Parteiensystems war allerdings nicht besorgniserregend, ebenso wenig wie die leicht angestiegene Wählerfluktuation (Nolte 2000). Erinnert sei auch noch einmal an die seit den 80er Jahren vorhandene und in den 90er Jahren fortbestehende grundsätzliche wechselseitige Anerkennung der Parteien als legitime Teilnehmer der politischen Auseinandersetzung, an die gesunkene Polarisierung und die geringe Relevanz extremistischer Kräfte.

Trotz dieser positiv zu bewertenden Faktoren fiel die Gesamteinschätzung des Parteiensystems negativ aus, und zwar vor allem wegen der vielen „-ismen“ der argentinischen Politik und deren katastrophaler Konsequenzen für die Demokratie: Peronismus, Menemismus, Alfonsinismus, Alvarismus, Cavallismus, DeLaRúismus ... – nicht Ideen und Programme bestimmten Ende der 90er Jahre das Denken und Handeln der argentinischen Parteien, sondern persönliche Projekte. Alle relevanten Parteien waren geprägt durch einen extremen Personalismus, fehlende programmatische Diskussionen und Festlegungen, eine große Distanz zwischen Führungseliten und Basis, zentralistische, klientelistische und



oft wenig transparente Entscheidungsstrukturen und – von wenigen Ausnahmen abgesehen – ebenso wenig transparente Mechanismen zur Bestimmung von Kandidaten für Parteiämter und öffentliche Wahlämter.

**Tabelle 3: Effektive Anzahl der Parteien und Mandatsverteilung im Abgeordnetenhaus** (Mandate und Mandatsanteil der Regierungsparteien fettgedruckt)

Jahr	PJ	UCR	FG / Fre-paso	Linke <sup>a</sup>	Zentrum <sup>b</sup>	Rechte <sup>c</sup>	Provinzpartei-en	PJ + UCR	Effektive Anzahl der Parteien <sup>d</sup>
1983	111	<b>129 (51%)</b>	-	3	1	2	8	94	2,22
1985	101	<b>129 (51%)</b>	-	6	4	3	11	91	2,39
1987	104	<b>115 (41%)</b>	-	6	6	7	16	86	2,64
1989	<b>120 (47%)</b>	90	-	6	7	12	18	83	2,80
1991	<b>120 (47%)</b>	84	-	11	6	14	22	79	2,96
1993	<b>126 (47%)</b>	85	3	4	3	12	23	82	2,75
1995	<b>129 (49%)</b>	68	23	2	7	8	20	76	2,96
1997	<b>119 (50%)</b>	66	38	-	5	6	23	73	3,21
1999	101	<b>84</b> <b>124 (48%)</b>	<b>38</b>	-	3	17	14	72	3,39
<sup>a</sup> Linke Parteien: <i>Partido Socialista Popular</i> und <i>Partido Socialista Democrático</i> nur bis 1995, danach gehören sie FREPASO an; <i>Partido Intransigente</i> , <i>Partido Comunista</i> , <i>Movimiento al Socialismo</i> , <i>Corriente Grande</i> , <i>Grupo de los Ocho</i> . <sup>b</sup> Zentrumsparteien: <i>Partidos Demócrata Progresista</i> , <i>Partidos Demócrata Cristiano</i> , PAIS. <sup>c</sup> Konservative Parteien: UCeDé, <i>Fuerza Republicana</i> , <i>Acción por la República</i> , MODIN. <sup>d</sup> Effektive Anzahl der Parteien errechnet auf Grundlage des Laakso-Taagepera-Index. Quelle: Abal Medina/Castiglioni 2000: 9.									

Diese Probleme waren weder neu noch mangelte es an Vorschlägen, um sie zu überwinden. Insbesondere das geltende Wahlrecht und das darin vorgesehene Listenwahlverfahren (*listas sábana*) wurde wiederholt als Problem ausgemacht. Die Parteien präsentieren sich ihren Wählern bei den Parlamentswahlen mit geschlossenen Listen, bei denen den Wählerinnen und Wählern oft nur die Listenführer bekannt sind. Die übrigen Kandidaten werden durch die Parteiführungen bestimmt, mit der Konsequenz, dass deren Loyalität in erster Linie den Parteicaudillos und nicht einer konkret auszumachenden Wahlkreisbevölkerung gilt. Das

weitgehende Monopol der Parteiführungen zur Kandidatenauswahl trägt zum Erhalt verknöcherter Führungsstrukturen bei und schränkt die Wahlmöglichkeiten der Bevölkerung stark ein (Jackisch 1993).

Die nationalen Parteiführungen verfügen daneben noch über weitere „Disziplinierungsinstrumente“ gegenüber ihren jeweiligen Distriktorganisationen. Sie können diese unter bestimmten Voraussetzungen „interventionieren“, d.h. die lokalen/regionalen Verantwortlichen entmachten und die dortigen Strukturen der vorübergehenden Verwaltung durch die nationale Führung unterstellen. Von dieser Möglichkeit wurde in der Vergangenheit sowohl von der PJ als auch von der UCR Gebrauch gemacht. Oft reichte aber auch die Drohung mit einer Intervention, um aufmüpfige Provinzorgane zu disziplinieren (Jones 1997: 271ff.). Derartige Mechanismen tragen mit dazu bei, die parteiinternen Klientelstrukturen aufrechtzuerhalten und untergraben die innerparteiliche Demokratie.

Wiederholt angemahnt wurden auch Reformen der parteiinternen Mechanismen der Kandidatenauswahl, wie dies in Form von Direktwahlen unter Beteiligung der Basis seit den 80er Jahren vereinzelt – vor allem bei den Präsidentschaftskandidaturen – praktiziert wurde. Seit November 1991 schreibt das Wahlgesetz eine 30%ige Frauenquote für alle Wahllisten vor. Listen, auf denen die vorgeschriebene Mindestquote nicht erreicht wird, werden nicht zu den Wahlen zugelassen. Der Frauenanteil im Abgeordnetenhaus hat sich dadurch in den 90er Jahren deutlich erhöht (Tabelle 4).

Eine weitere Möglichkeit zur Demokratisierung der Parteien bestünde in einer Dezentralisierung im Sinne einer stärkeren Berücksichtigung lokaler und regionaler Kräfte im Rahmen der nationalen Führungsstrukturen. Derartige Reformen wurden seit den 80er Jahren immer wieder diskutiert und auch im Rahmen von Gesetzesinitiativen vorgebracht, ihre Verwirklichung scheiterte jedoch wiederholt am Widerstand derjenigen, deren Macht durch sie eingeschränkt würde: den Partieliten. Die fehlende Bereitschaft der politischen Eliten zur Realisierung von Reformen, die von Seiten der Zivilgesellschaft wiederholt gefordert wurden, trug somit zum weiteren Ansehensverlust der politischen Klasse bei und verhinderte eine dringend notwendige Erneuerung derjenigen Institutionen, die auch von der argentinischen Verfassung als grundlegende Institutionen der Demokratie bezeichnet werden – der politischen Parteien.

Obwohl das Parteiensystem seit der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1983 in mancherlei Hinsicht positive Entwicklungen verzeichnete und im Hinblick auf einige der von der Politikwissenschaft als relevant erachteten Kriterien zur Konsolidierung eines demokratischen Parteien-

**Tabelle 4: Der Anteil von Frauen im Abgeordnetenhaus, 1983-1995**

Jahr	Sitze insgesamt	weibliche Abgeordnete	Anteil weiblicher Abgeordneter in %
1983	254	11	4,3
1984	254	13	5,1
1985	254	13	5,1
1985*	254	11	4,3
1986	254	12	4,7
1987	254	12	4,7
1987*	254	12	4,7
1988	254	12	4,7
1989	254	14	5,5
1989*	254	16	6,3
1990	254	16	6,3
1991	254	18	7,1
1991*	254	15	5,9
1992	257	15	5,8
1993	257	16	6,2
1993*	257	36	14,0
1994	257	38	14,8
1995	257	38	14,8
1995*	257	71	27,6
* = Zusammensetzung ab dem 10. Dezember des entsprechenden Jahres; Quelle: Consejo Nacional de la Mujer ( <a href="http://www.cnm.gov.ar/">http://www.cnm.gov.ar/</a> ).			

systems (Beyme 1997) durchaus zufriedenstellende Werte aufwies (Grad an Extremismus und Polarisierung, Wählerfluktuation, Fragmentierungsgrad), trug es mit dazu bei, dass die gravierenden ökonomischen, sozialen und politischen Probleme des Landes nicht in angemessener Art und Weise angegangen werden konnten. Nach zehn Jahren peronistischer Regierungszeit unter Carlos Menem waren weder die neue Regierungskoalition noch die größte Oppositionspartei für die auf sie zukommenden Aufgaben ausreichend vorbereitet. Die größten Defizite des Parteiensystems bestanden in Form des innerparteilichen Personalismus, Faktionalismus und Klientelismus sowie in der – in mancherlei Hinsicht damit zusammenhängenden – Unfähigkeit zur Bildung einer regierungsfähigen Koalition.

## Literaturverzeichnis

Abal Medina, Juan Manuel (1998): *Viejos y nuevos actores en el escenario posmenemista: De Evita a Graciela, la experiencia del Frente Grande/FREPASO*, Vortragsmanuskript, Tagung der Latin American Studies Association, Chicago, 24.-26.9.1998.

Abal Medina, Juan Manuel/Castiglioni, Franco (2000): *Poliarquía inestable y sistema partidario estable: algunas hipótesis preliminares sobre el caso argentino*, Vortragsmanuskript, Tagung der Latin American Studies Association, Miami, 16.-18.3.2000.

Aboy Carlés, Gerardo (1996): „De Malvinas al menemismo, renovación y contrarenovación en el peronismo“, in: *Sociedad* 10, 5-31.

Acuña, Marcelo (1998): „La crisis de representatividad de la UCR“, in: *Revista Argentina de Ciencia Política* 2, 99-127.

Adrogué, Gerardo (1995): „El nuevo sistema partidario argentino“, in: Acuña, Carlos H. (Hrsg.): *La nueva matriz política argentina*, Buenos Aires: Ediciones Nueva Visión, 27-70.

Adrogué, Gerardo/Armesto, Melchor (2001): „Aún con vida. Los partidos políticos argentinos en la década del noventa“, in: *Desarrollo Económico* 40 (160), 619-652.

Beyme, Klaus von (1997): „Parteien im Prozeß der demokratischen Konsolidierung“, in: Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): *Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß*, Opladen: Leske + Budrich, 23-56.

Birle, Peter (1989): *Parteien, Parteiensystem und Demokratie in Argentinien: die neuere Entwicklung der Unión Cívica Radical und ihre Stellung innerhalb des argentinischen Parteiensystems*, Universität Mainz (Abteilung politische Auslandsstudien und Entwicklungspolitik, Dokumente und Materialien Nr. 11).

Birle, Peter (1991): „Demokratie und Politik in Argentinien. Eine Bilanz der Jahre 1983-1990“, in: *Jahrbuch für Politik* 1 (1), 41-75.

Birle, Peter (1999): „Die südamerikanischen Gewerkschaften und Unternehmerverbände im Systemwechsel. Eine historisch-vergleichende Betrachtung“, in: Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): *Systemwechsel 4. Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozeß*, Opladen: Leske + Budrich, 181-219.

Birle, Peter (2000): „Zivilgesellschaft in Südamerika. Mythos und Realität“, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation*, Opladen: Leske + Budrich, 231-271.

Bodemer, Klaus/Carreras, Sandra (1997): „Die politischen Parteien im demokratischen Transitions- und Konsolidierungsprozess in Südamerika: Argentinien, Chile und Uruguay im Vergleich“, in: Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): *Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß*, Opladen: Leske + Budrich, 171-213.

Böhler, Werner (1999): „Argentiniens Demokratie wird erwachsen“, in: *KAS/Auslandsinformationen* 11, 16-48.

Carreras, Sandra (1996): „Die Entwicklung der Parteien seit Beginn der Demokratisierung“, in: Nolte, Detlef/Werz, Nikolaus (Hrsg.): *Argentinien. Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen*, Frankfurt am Main, 241-259.

Carreras, Sandra (1999): *Die Rolle der Opposition im Demokratisierungsprozess Argentiniens. Der Peronismus 1983-1989*, Frankfurt am Main: Vervuert.

Castiglioni, Franco/Abal Medina, Juan (1998): „Transformaciones recientes del sistema de partidos argentino“, in: Manz, Thomas/Zuazo, Moira (Hrsg.): *Partidos políticos y representación en América Latina*, Caracas: Nueva Sociedad, 55-71.

Catterberg, Eduardo (1989): *Los argentinos frente a la política. Cultura política y opinión pública en la transición argentina a la democracia*, Buenos Aires: Planeta.

Cavarozzi, Marcelo (1983): *Autoritarismo y democracia*, Buenos Aires: Centro Editor de América Latina.

Cavarozzi, Marcelo (1989): „El esquema partidario argentino: partidos viejos, sistema débil“, in: Cavarozzi, Marcelo/Garretón, Manuel (Hrsg.): *Muerte y resurrección. Los partidos políticos en el autoritarismo y las transiciones en el Cono Sur*, Santiago de Chile: FLACSO.

De Riz, Liliana (1994). *Radicales y peronistas: El congreso nacional entre 1983 y 1989*, Buenos Aires: Centro Editor de América Latina.

De Riz, Liliana (1998): „From Menem to Menem. Elections and Political Parties in Argentina“, in: Tulchin, Joseph S./Garland, Allison M. (Hrsg.): *Argentina: The Challenge of Modernization*, Wilmington: Scholarly Resources Inc., 133-152.

De Riz, Liliana/Adrogué, Gerardo (1990): *Democracia y elecciones en la Argentina: 1983-1989*, Buenos Aires: CEDES (Documento de trabajo 52).

Di Tella, Torcuato S. (1998): „Evolution and Prospects of the Argentina Party System“, in: Tulchin, Joseph S./Garland, Allison M. (Hrsg.): *Argentina: The Challenge of Modernization*, Wilmington: Scholarly Resources Inc., 117-132.

Godio, Julio (1998): *La Alianza. Formación y destino de una coalición progresista*, Buenos Aires: Grijalbo Mondadori.

Gutiérrez, Ricardo (1998): *Desindicalización y cambio organizativo del peronismo argentino, 1982-1995*, Vortragsmanuskript, Tagung der Latin American Studies Association, Chicago, September 1998.

Jackisch, Carlota (1993): *Los sistemas electorales, sus características y consecuencias políticas: el caso argentino*, Buenos Aires: Fundación Konrad Adenauer.

Jones, Mark P. (1997): „Evaluating Argentina's Presidential Democracy: 1983-1995“, in: Mainwaring, Scott/Shugart, Matthew Soberg (Hrsg.): *Presidentialism and Democracy in Latin America*, Cambridge: University Press, 259-299.

Jones, Mark P. (1998): *Explaining the High Level of Party Discipline in the Argentine Congress*, Buenos Aires: Fundación Gobierno y Sociedad (Documento 14).

Levitsky, Steven (1997): „Crisis, adaptación partidaria y estabilidad del régimen en la Argentina: el caso del peronismo, 1989-1995“, in: *Revista de Ciencias Sociales* (Buenos Aires) 6, 85-131.

Levitsky, Steven (1998): „Institutionalization and Peronism. The Concept, the Case and the Case for Unpacking the Concept“, in: *Party Politics* 4 (1), 77-92.

Levitsky, Steven (2001): *The Paradox of Menemism: Parties, Civil Society, and the Relative Success of Argentine Democracy in the 1990s*, Vortragsmanuskript, Tagung „Advances and Setbacks in the Third Wave of Democratization in Latin America“, Kellogg Institute for International Affairs, Notre Dame University, 23.-24. April 2001 ([www.nd.edu/~kellogg/pdfs/levitsky.pdf](http://www.nd.edu/~kellogg/pdfs/levitsky.pdf)).

- McGuire, James (1995): „Political Parties and Democracy in Argentina“, in: Mainwaring, Scott/Scully, Timothy R. (Hrsg.): *Building Democratic Institutions. Party Systems in Latin America*, Stanford: Stanford University Press, 200-246.
- Nolte, Detlef (1999): „Was kommt nach Menem? Die argentinischen Präsidentschaftswahlen vom 24. Oktober 1999“, in: *Brennpunkt Lateinamerika* 20, 173-182.
- Nolte, Detlef (2000): „Lateinamerikas Parteien zwischen Volatilität und Beharrung“, in: Bodemer, Klaus/Krumwiede, Heinrich-W./Nolte, Detlef/Sangmeister, Hartmut (Hrsg.): *Lateinamerika Jahrbuch 2000*, Frankfurt am Main: Vervuert, 9-29.
- Novaro, Marcos (1998): „Los partidos argentinos en los ‘90. Los desafíos de la competencia, la sucesión y la alternancia“, in: *Estudios Sociales* VIII (15), 117-147.
- Novaro, Marcos (Hrsg.) (1999): *Entre el abismo y la ilusión. Peronismo, democracia y mercado*, Buenos Aires: Grupo Editorial Norma.
- Novaro, Marcos (2000): *La Alianza y el Frepaso frente a los dilemas de su crisis* (<http://www.politica.com.ar>).
- Novaro, Marcos/Palermo, Vicente (1998): *Los caminos de la centroizquierda. Dilemas y desafíos del Frepaso y de la Alianza*, Buenos Aires: Losada.
- O'Donnell, Guillermo (1977): „Estado y alianzas en la Argentina. 1956-1976“, in: *Desarrollo Económico* 64, 523-554.
- Ostiguy, Pierre (1998): *The Double Political Spectrum: Party Identities and Political Strategy in Argentina* (Working Paper, The Helen Kellogg Institute for International Studies).
- Palermo, Vicente/Novaro, Marcos (1996): *Política y poder en el gobierno de Menem*, Buenos Aires: Grupo Editorial Norma.
- Palermo, Vicente/Novaro, Marcos (2000): „Los dilemas de la centroizquierda argentina. El ‚Frente País Solidario‘ entre la identidad y la gobernabilidad“, in: Mallo, Susana/Mo-reira, Constanza (Hrsg.): *La larga espera. Itinerarios de las izquierdas en Argentina, Brasil y Uruguay*, Montevideo: Banda Oriental, 15-59.
- Priess, Frank (1999): „Zwischen Modernisierung und Tradition. Der argentinische Wahlkampf im lateinamerikanischen Vergleich“, in: *KAS/Auslandsinformationen* 11, 49-73.
- Rock, David (1987): *Argentina 1516-1987. From Spanish Colonization to the Falklands War and Alfonsín*, Berkeley, Los Angeles: University of California Press.
- Sidicaro, Ricardo (1998): „Cambios del Estado y transformaciones del peronismo“, in: *Sociedad* 12/13, 37-57.
- Thibaut, Bernhard (1997): „Parteiensystem und Regierbarkeit im argentinischen Präsidentialismus“, in: Sevilla, Rafael/Zimmerling, Ruth (Hrsg.): *Argentinien: Land der Peripherie?*, Unkel/Rhein, Bad Honnef: Horlemann, 137-156.